



CHINA Mit üppigen Krediten und Investitionen sichert Peking sich den Zugang zu wichtigen Energiequellen. SEITE 8



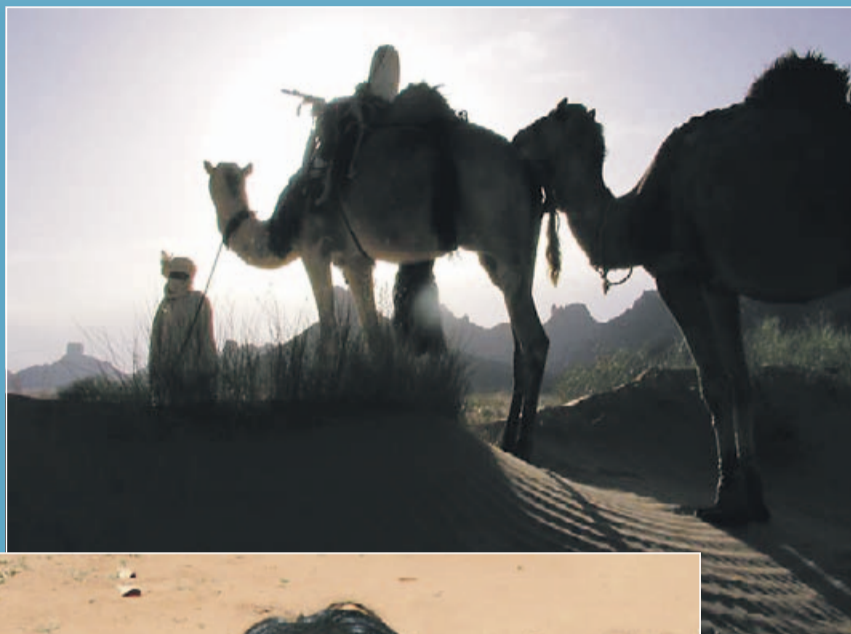
ARMUTSBEKÄMPFUNG Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul will einen Abwerbestopp für Ärzte aus Afrika durchsetzen. SEITE 9

Wer braucht unsere Hilfe?

Die westlichen Industrieländer müssen ihre Entwicklungspolitik komplett neu ausrichten. Die Vergabe der Hilfgelder muss besser koordiniert werden.



KINDERBLICKE: Er sieht sie am liebsten vor der Kamera. Egal, ob sie in einem Elendsviertel oder im Dschungel aufwachsen, Kinder faszinieren den Fotografen und Facharzt für innere Medizin Walter Möbius. Als Kuratoriumsmitglied „Jugend Dritte Welt“ der Salesianer von Don Bosco reist er häufig in arme Länder. 24 Jahre lang arbeitete er in Bonn im Johanniter-Krankenhaus und verkürzte dort Patienten mit seinen Fotos im Flur die Wartezeit. Nun sind seine Fotos in wechselnden Ausstellungen im Raum Köln/Bonn zu sehen. Mehr Infos unter www.mc-moebius.de.



NORD-SÜD-KOOPERATION Die Heerschar der Helfer wächst. Das erfordert eine bessere Arbeitsteilung

Geber aller Länder, vereinigt euch!

ASTRID PRANGE

Der Lappen ist voller Staub, doch der Schuh glänzt. John Omolos Kunde lächelt zufrieden und gibt großzügig Trinkgeld. Bisher musste der Schuhputzer aus Nairobi die Hälfte des Salärs an den Besitzer des Schuhputzkastens abgeben. Doch ein Kleinkredit in Höhe von 40 Dollar machte ihn zum Geschäftsmann. Er stammte von Mohammed Junus. Nach der Lektion in den Straßen Nairobis gründete der Wirtschaftsprofessor aus Bangladesch 1983 die „Grameen Bank“, die mittlerweile an 6,6 Millionen Menschen Kleinkredite vergeben hat.

Deutschland war eines der ersten Länder, das die Ideen des „verrückten Professors“, der mit Krediten an Frauengruppen die Armut bekämpfen wollte, unterstützte. Seit 1987 schult die bundeseigene Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) Kreditsachbearbeiterinnen für die „Bank der Armen“ und hat mittlerweile 24 Nachahmerinstitute in Asien aufgebaut.

Die Erfolgsgeschichte der Grameen Bank wird am 10. Dezember mit der Verleihung des Friedensnobelpreises gekrönt. Sie ist ein Beispiel für wirksame Armutsbekämpfung. Doch die Herausforderungen haben sich in Zeiten von Globalisierung und Terrorismusbekämpfung verändert. Um künftig erfolgreich zu sein, muss sich sowohl die nationale als auch die internationale Entwicklungspolitik neu ausrichten. Wichtigster Punkt: Die Vergabe von Hilfgeldern muss besser koordiniert werden.

Die Heerschar der Helfer ist mittlerweile riesig. Allein 37 Einrichtungen der Vereinten Nationen kümmern sich um globale Herausforderungen wie Klimawandel, Aids und Malaria, Hunger, Flüchtlinge oder Kinderrechte. Hinzu kommen unzählige Projekte auf zwischenstaatlicher Ebene von den 25 EU-Mitgliedern, der EU selbst sowie Japan und den USA. Damit nicht genug: Neben den traditionellen Geberländern wächst die Zahl aufstrebender Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien (siehe Seite 8), die selbst Entwicklungshilfe leisten und da-

mit die traditionelle Geberpolitik der Industrieländer unter Zugzwang setzen.

„Die europäischen Geber sollten sich mehr darüber verständigen, wer in welchem Land was macht, damit die Nehmerländer nicht von Delegationen überrollt werden“, mahnt Jürgen Wiemann, stellvertretender Leiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), an. Während der EU-Ratspräsidentschaft 2007 solle Deutschland sich für eine bessere Arbeitsteilung stark machen, schlägt Wiemann vor.

Kritik aus Kenia

Ausgerechnet aus Afrika kommt die schärfste Kritik an der bisherigen Form der Unterstützung. „Schafft die Entwicklungshilfe ab“, lautet die radikale Forderung des kenianischen Ökonomen James Shikwati und des ugandischen ehemaligen Weltbankmitarbeiters Andrew Mwenda. Die Gelder würden kaum bei den Bedürftigen ankommen, sondern lediglich unfähige und korrupte Regierungen an der Macht halten, die sich keinen Deut um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung scherten.

Nicht nur Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, auch Hilfsorganisationen ärgern sich über diese Art von Fundamentalkritik. „Sollen wir Kinder verhungern lassen, weil neoliberale Ökonomen ihre Theorien bestätigen wollen?“, wehrt sich die Ministerin gegen die Vorwürfe (siehe Interview Seite 9). Schützenhilfe erhält sie vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro). „Shikwati und Mwenda bieten keine Lösungen“, erklärt Vorstandsvorsitzende Claudia Warning. Sie würden übersehen, dass sich die bisherige Strategie, die ärmsten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, als erfolgreich erwiesen habe.

Erfolge gibt es genügend zu vermelden: Die weltweite Armut ist gegenüber 2000 um zehn Prozent gesunken, das heißt rund 100 Millionen Menschen haben sich aus der absoluten Armut befreit. Immer mehr Menschen haben Zugang zu sauberem Wasser.

In Afrika südlich der Sahara stieg der Anteil der Bevölkerung von 47 Prozent im Jahr 1990 auf 57 Prozent im Jahr 2004, in Süd-Asien von 72 auf 86 Prozent. Rund 500 Millionen Einwohner von Entwicklungsländern bekamen zwischen 1995 und 2004 Zugang zur Stromversorgung. Die Zahl der Aidskranken, die mit lebensverlängernden Medikamenten behandelt werden, stieg von 100 000 Patienten im Jahr 2000 auf eine Million 2005. Die Kindersterblichkeitsrate sank auch in den ärmsten Ländern, und bei den Einschulungsraten werden weltweit Fortschritte verzeichnet.

Die Ausgaben für Entwicklungshilfe verzeichnen aufgrund der internationalen Verpflichtung für die Millenniumsziele einen kräftigen Anstieg (siehe Grafiken). Der Europäische Entwicklungsfonds, der von 2002 bis 2007 über einen Etat von 13,8 Milliarden Euro verfügt, stockt seine Mittel für die Jahre 2008 bis 2013 auf 22,6 Milliarden Euro auf. Der gerade beschlossene Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) für 2007 wuchs um 300 Millionen auf 4,5 Milliarden Euro an.

Nun die schlechten Nachrichten: Noch immer sterben jährlich zehn Millionen Kin-

der vor ihrem fünften Lebensjahr an vermeidbaren Krankheiten wie Kinderlähmung oder Meningitis. Nur in 34 von 143 Entwicklungsländern wird chronische Unterernährung bei Kindern wirksam bekämpft. Hohe Wachstumsraten, die zur Armutsbekämpfung beitragen, beschränken sich größtenteils auf Asien. Noch immer liegen 19 der 20 Länder mit der höchsten Müttersterblichkeit in Afrika südlich der Sahara.

Entwicklungsforscher Stefan Brüne kämpft mit einer europäischen Vision gegen diese negativen Schlagzeilen. Er plädiert dafür, die nationalen Entwicklungsministerien langfristig ganz abzuschaffen und durch eine einheitliche Entwicklungspolitik auf EU-Ebene zu ersetzen. „Wenn man unternimmt, dass Entwicklungshilfe dem außenpolitischen Gemeinwohl des Kontinents dient und die europäische Integration dort ausgebaut werden soll, wo gemeinsames Handeln sinnvoll ist, erscheint die Abschaffung nationaler Administrationen überfällig.“ Brüne forscht am Hamburger Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (Giga) und gibt trotz aller Anfechtungen nicht auf. „Warum fangen wir nicht mit einem gemeinsamen deutsch-französischen Entwicklungsministerium an, wenn wir es



auf europäischer Ebene nicht schaffen?“

In Berlin lösen Brünes Ideen alles andere als Begeisterung aus. Die jüngst vom Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossene Devisen lautet: ein Drittel multilateral, zwei Drittel bilateral. Danach sollen an EU, Weltbank und UN-Organisationen nicht mehr als ein Drittel des BMZ-Etats fließen. „Ich finde die Arbeitsteilung zwischen Brüssel und Berlin vernünftig“, verteidigt Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, den aktuellen Kurs. Er pocht allerdings auf ein größeres Mitspracherecht Deutschlands. „Wir sind mit 20 Prozent die größten Beitragszahler des Europäischen Entwicklungsfonds, deshalb sollten wir bei der Mittelvergabe stärker mitreden“, fordert er.

In den Reihen von CDU und FDP steht man Brüssel noch skeptischer gegenüber. „In der EU gehen wir unter“, befürchtet der CSU-Abgeordnete Christian Ruck. Eine „vernünftige Arbeitsteilung“ könnte seiner Meinung nach folgendermaßen aussehen:

Die EU kümmert sich um entwicklungsorientierte Handlungspolitik sowie um die Programme in den ärmsten Ländern. „Viele sind mit den zahlreichen Delegationsverhandlungen überfordert“, weiß Ruck.

Die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, Ute Koczy, hält dies für einen „Rückfall in die Kleinstaaterei“. „Bei globalen Problemen wie Aids oder Klimawandel muss eine einheitliche Strategie gefahren werden“, verteidigt sie den multilateralen Ansatz. „Es geht darum, das Profil der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt zu stärken, und nicht nur das Profil der eigenen nationalen Entwicklungspolitik.“

Doch selbst Europaverfechter Stefan Brüne äußert Verständnis für seine Kritiker: Schließlich habe erst der Ärger über die Brüsseler Bürokratie dazu geführt, dass die Befürworter zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zunehmen, räumt er ein. Auch die privaten Hilfsorganisationen leiden unter der Brüsseler Bürokratie. „Die EU füllt großzügig die Staatshaushalte der Entwicklungsländer auf“, so Helmut Hoffmann, Präsident des Lateinamerika-Zentrums. „Doch wenn Hilfsorganisationen Mittel beantragen, sind die Kontrollen enorm.“

Reformen im eigenen Haus

Die nächste Nagelprobe in puncto Effizienz steht hierzulande an: die Zusammenlegung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) mit den Sektoren der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau, die im Auftrag des BMZ die finanzielle Zusammenarbeit mit den Partnerländern abwickeln. Noch kursieren für die angestrebte Fusion der beiden bundeseigenen Unternehmen vier verschiedene Modelle. Als Favorit gilt eine eigene entwicklungspolitische Agentur unter dem Dach des BMZ. Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul will das Gutachten des Bundesrechnungshofes abwarten, bevor sie sich entscheidet. Hoffentlich unterstützt auch die neue Agentur weiterhin Initiativen und Institutionen, die Kleinkredite vergeben. □

Millenniumsziele

Bis 2015 die weltweite Armut in acht Schritten halbieren - darauf verpflichteten sich im September 2000 alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen.

1. Extreme Armut und Hunger beseitigen
2. Grundschulausbildung für alle Kinder
3. Rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau
4. Kindersterblichkeit um zwei Drittel verringern
5. Müttersterblichkeit um drei Viertel senken
6. Ausbreitung von Aids und Malaria stoppen
7. Zugang zu Trinkwasser ausbauen
8. Abbau von Handels- und Marktbarrieren



Quelle: UN © RM/VECTUR